

ten Wohnungen kurz vor Weihnachten eine böse Überraschung erlebt: Ihre Vermieterin, der Evangelische Frauenbund Zürich, hat ihnen eine Mietzinsserhöhung um rund 50 Prozent geschickt. Die Erhöhung wird damit begründet, dass die kantonalen Subventionen per Ende April 2016 wegfallen, weil der entsprechende Vertrag ausläuft und nicht erneuert werden kann. Dass deswegen die Miete allerdings gleich um die Hälfte erhöht werden muss, tönt nicht gerade nach christlicher Nächstenliebe...

Wie die Geschäftsführerin des Evangelischen Frauenbunds, Karin Gloor, auf Anfrage erklärt, hätten sich Vorstand und Geschäftsleitung «nach eingehenden Diskussionen» dafür entschieden, die Mietzinsserhöhung, die durch den Wegfall der kantonalen Subvention entsteht, zu 100 Prozent auf die MieterInnen zu überwälzen. Dies, weil die bisherigen Mieten «sehr stark unter üblichen Marktzinsen» lägen und auch nach der Erhöhung noch «markant darunter» seien.

In Zahlen: Eine 2^{1/2}-Zimmer-Wohnung mit 60 m² kostete bisher 948 Franken; neu beträgt der Mietzins 1342 Franken. Für eine 4^{1/2}-Zimmer-Wohnung mit 103 m², die bisher 1286 Franken kostete, müssen die MieterInnen neu 1956 Franken zahlen. Diese Mieten sind tatsächlich noch im Rahmen dessen, was die Sozialhilfe für entsprechende Wohnungen zahlt.

Als weiteren Grund für die 100-prozentige Umlagerung der Erhöhung nennt Karin Gloor die anderen Angebote des Evangelischen Frauenbunds, die durch die Mieteinnahmen der Wohnsiedlung Brahmschhof quersubventioniert würden. Es handelt sich um drei Beratungsstellen für Frauen: Die Sozialberatung Zürich, die Rechtsberatung Zürich und die Sozialberatung Winterthur. Dann können

sich die Leute, welche die Miete nicht mehr zahlen können, also vertrauensvoll an die hauseigene Beratungsstelle wenden?

«Uns ist sicher nicht daran gelegen, Härtefälle zu produzieren», sagt Karin Gloor: «Wir bieten MieterInnen, die durch die Mietzinsänderung finanzielle Schwierigkeiten geraten, Beratung an. Der «Hofrat», in dem sich die BewohnerInnen organisieren, ist zudem seit längerem im Bild über die anstehenden Änderungen. Und wir sichern allen Betroffenen zu, dass ihre Mieten bis Ende 2017 nicht mehr steigen werden – auch dann nicht, wenn sich bis dann der Hypothekarzinsatz erhöhen sollte.»

Dass eine Mietzinsserhöhung, die einem kurz vor Weihnachten ins Haus flattert, trotzdem keine Freude macht, sei nicht von der Hand zu weisen, sagt die Geschäftsführerin. Es stimme aber nicht, dass die MieterInnen den neuen Vertrag bereits bis Ende Jahr unterschreiben müssten: «Wir haben im Begleitbrief geschrieben, dass es schön wäre, wenn wir die Umstellung Ende Jahr abschliessen könnten. Aber die Leute haben Zeit bis im Januar; wir halten die dreimonatige Frist für Änderungskündigungen selbstverständlich ein.» nic.

Keine frohen Weihnachten

Im Brahmschhof, einer Wohnsiedlung nahe des Zürcher Albisriederplatzes, haben 17 Mietparteien von subventionier-